



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Kundgebung für Partei
und Staat

Demonstration gegen
Israel

Mehrheit will keinen
Genderquatsch



Aufgeheizte Stimmung bei Hofe gegen die da unten

Ursachen protestieren gegen die Wirkung

Nachdem die wertschöpfend Werktätigen demonstrierten und protestierten und, zeitungsteilnehmend formuliert, ihrem Unmut Luft machten, fühlten sich nun die wertabschöpfend Tätigen gehalten, ein klares Zeichen für ihre besten Anliegen und politischen Visionen zu signalisieren.

Die Jusos der SPD in Jena haben, so vermeldet es die Presse, zu einer Demo in Jena aufgerufen, zu der auch Ministerpräsident Ramelow kommt. Da haben die Jusos den Zeitpunkt danach ausgewählt, dass höchstwahrscheinlich der Ministerpräsident Zeit hat und kommen kann, Freitagnachmittag. Und Ramelow wird sich denken: „Gute Idee, die hätte von mir sein können, aber wie soll das aussehen, wenn ich selbst eine Demonstration anmelde.“

Das Demonstrationsrecht ist dazu gedacht, dass Bürger der Politik etwas kundtun dürfen, weil sie nicht über Medienmacht und politische Einflussmöglichkeiten verfügen. Alle Deutschen dürfen sich friedlich und unbewaffnet zusammenfinden, so garantiert es das Grundgesetz. Unbewaffnet wird Ramelow sicherlich sein, wobei seine Wächter natürlich ausgerüstet sind und die Polizeikräfte ebenfalls. Demo im Sinne einer Parteikundgebung hatten wir eine Zwischenzeit lang nicht, jetzt findet niemand etwas

dabei, und der Vergleich zu Egon Krenz, der in dem Fackelumzug der FDJler eine große Zustimmung zur Politik und zu dem damals besten deutschen Land gesehen hat, wird niemandem in den Sinn kommen. Denn aufgerufen haben laut Pressemitteilung „die Lokalgruppen der Jusos, linksjugend, Grünen Jugend, Ver.di, GEW, Fridays for Future, der demokratische Jugendring, die Junge Gemeinde Stadtmitte, das Frauenzentrum Towanda und viele weitere Bündnisse und Vereine“, breiter geht das Bündnis wirklich nicht. Böse Stimmen könnten sagen: Hauptversammlung der toxisch Linken, die sich um ihre Finanzierung Sorgen machen müssen.

Normal Mitdenkende auch.

Nicht eigens aufgerufen sind die Hofschranzen von der Zeitung, die kommen von ganz allein und schreiben, was alle erwarten und niemand verlangt.

Der Agrar-Diesel wird als Subvention bezeichnet, weil er geringer besteuert wird als sonstiger. In dem Sinne reist Luisa Neubauer subventioniert, wenn sie mit Flugbenzin fliegt, was sie gelegentlich muss. Die Kundgebung wird nicht als subventioniert bezeichnet, ob schon sie die Staatskasse belastet. Während die Bauern aber dafür bezahlen sollen, dass sie arbeiten, könnten die Kundgeber vollständig

herausgekürzt werden, ohne dass die Gesellschaft Schaden nähme: „Als Rednerinnen und Redner werden Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke), Katharina König-Preuss (Die Linke), Madeleine Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Georg Maier (SPD) und weitere zu hören sein.“ Ach tatsächlich, Henfling und König-Preuss, zwei der bösartigsten Gewächse der aggressiven Linken. Es ist eben so, die brauchen jetzt, in der Schrumpfungphase, ein gemeinsames Feindbild, um den eigenen linken Laden zusammenzuhalten, andere Läden hält man ja nicht mehr.

Das wäre ein schönes Spiel: es gibt nur ein Landtagsmandat für entweder Henfling oder König-Preuss oder Meier oder Ramelow und die müssen es untereinander auskämpfen. Wer übrigbleibt, ist der Antifaschist.

Einfacher ist es, gemeinsam gegen den parteipolitischen Gegner vorzugehen. Dann ist das Ergebnis das gleiche wie immer, wenn etwas politisch behandelt wird: dass Linke mehr Geld kriegen.

Geld für Projekte zur Unterstützung der bisherigen Projekte für die Förderung der Projektarbeit, das ist das Gebot der Stunde, und der nächsten Stunde wieder.

Wenn es keine Perspektive beim Staat gibt, sind Jusos verstört, nicht nur die jungen Jusos.

Verstörend auch, wie schnell sogar die Grünen nicht mehr an Anja Siegesmund erinnert werden wollen. Eben noch Vorzeige-Lustobjekt für Journalisten, jetzt auf Versorgungsposten und unbeachtlich.

Die Obrigkeitler bedienen sich des Mittels Demonstration, um die Fortführung dessen zu fordern, womit sie reich geworden sind. Sie demonstrieren damit, was sie können, die arbeitende Bevölkerung dafür zahlen zu lassen, dass sie sich beschimpfen lässt von den Führenden, die sie verachten.

Die Menschen, die unter den Folgen der Wirtschaftszerstörung und der linksfeudalen Verschwendungssucht zu leiden haben, werden als minderzurechnungsfähig

angesehen, als solche, die ihren persönlichen Groll auf die Demokraten lenken lassen, um Schuldige zu haben.

Man kann aber die Leute nicht zugleich ausplündern, verachten und beschimpfen. Immer nur höchstens zwei Dinge davon; beschimpfen und ausplündern, dann aber nicht verachten, oder verachten und ausplündern, dann aber nicht beschimpfen, oder beschimpfen und verachten, dann aber nicht ausplündern.

Beharrt man darauf, alles zugleich zu tun, verteuert sich die Politik ins Selbsterstörerische.

Das Staatsgeld muss ganz klimaschädlich erarbeitet werden, auch das Sondervermögen, das bezahlt wird, wenn die Wirtschaft klimaneutralisiert ist.

Wir wollen die Pressesprecherinnen nicht unnötig behelligen mit Fragen, deren Antworten wir vorhersagen können, so sie denn getätigt werden. Wir hätten angefragt, ob Ministerpräsident und Minister nach Jena zusammen fahren. Vermutlich lässt es ihre enge Terminplanung nicht zu, und danach müssen sie in verschiedene Richtungen ins Wochenende.

Eine Frage hatten wir dann doch, aufgeworfen durch Erfahrungen, die man etwa in Berlin gemacht hat. Wie vermeiden die zuständigen Sicherheitsstellen, dass die Demonstration von propalästinensischen Judenfeinden gekapert wird, und wie würden sie dagegen vorgehen?

Der Versammlungsbehördenleiter gab uns die Auskunft: „*Sie können eine situationsangemessene Bewertung jeglicher Konstellation im Einvernehmen mit allen Sicherheitsträgern erwarten.*“

Klar, bewertet wird, was passiert, und keinen Moment verfrüht.

Geschafft wurde rechtzeitig, den umstrittenen Schriftzug von der Bauruine zu entfernen, damit nicht durch einen ungünstigen Bildausschnitt Ramelow schon wieder mit so was aufs Foto käme oder die Polizisten demotiviert werden könnten.

Der Cheflokalkorredakteur brachte kolumnös seine Verwunderung zum Ausdruck, dass so wenig Unterstützung von der regionalen Wirtschaft kommt.

Er weiß es wirklich nicht. ●

Millionen für Universität

Die Universität bekommt eine Förderung von 2,3 Millionen Euro für Internationalisierung. Die Mitteilung kam, als gleichzeitig die Bauern protestierten, die haben davon aber nichts mitgekriegt vor lauter Protest, da hätten sie gleich mal sehen können, wofür sie bezahlen sollen.

Legalisierung

Die Jusos plakatieren und Flugblättern Informationen zur Legalisierung von Cannabis. Die Jusos glauben, dass sie dann nicht mehr kriminell sind.

Denkmal

Eine Statue zu Ehren von Lothar Späth wird errichtet. Die Gestaltung ist so gehalten, dass sie auch den Zeiss-Chef zu DDR-Zeiten zeigen könnte oder einen Zeiss-Arbeiter, der entlassen wurde.



Kandidaturen

Wie die Zeitung vermeldet, haben Grüne und FDP ihre Wahllisten für die Stadtratswahlen vorgestellt. Aus Gründen der Vielfalt des Wahlangebotes sind es zwei getrennte Listen.

Entgleisung

An einer Endhaltestelle entgleiste eine Straßenbahn, so gleich wurde klargestellt, dass es sich nicht um eine der politisch erfolgreich neu angeschafften Lichtbahnen handelt. Dann hätte es auch nicht geheißen, eine Straßenbahn ist entgleist, sondern, das Gleis ist von der Bahn abgekommen.

Rechtswidrige Patenschaft

Das Landesverwaltungsamt hält die Seenotrettungspatenschaft der Stadt Jena für rechtswidrig. Die CDU spricht von einem Paukenschlag, denn Paukenschlag klingt in unserer Informationsgesellschaft aufmerksamkeitsförderlicher als Rechtswidrigkeit. Der Stadtrat muss das Geld umwidmen zu einer Patenschaft für Schneenotrettung.

Jena bleibt knallbunt



Zeitgleich zu dem, wie es in anderen Fällen heißen würde, blökenden Mob waren andersorts muslimische Zivilisten zu sehen, die nicht an dem Aufmarsch für islamische Mörderbanden teilnahmen, da werden die Demonstranten wohl die, in der Art des Altbundespräsidenten so zu nennenden, Dunkelmoslems gewesen sein.

Sie trugen argumentativ Bilder von Opfern des Krieges, wobei sie genau so etwas wollen, nur dass es den Juden geschieht.

Da ist nichts mit *Gewalt und Opfern auf allen Seiten*, da ist nichts mit „*nicht im luftleeren Raum*“.

Man könnte ihnen sagen: Dann lasst halt die Geiseln frei und hört auf mit dem Raketenbeschuss auf Israel und benennt die Hamas um in Partei des demokratischen Islamismus!

Kann man ihnen aber nicht zu-

muten. Verstehen sie nicht. Bewacht und begleitet wurde die als Demonstration ausgegebene Hassbekundung von viel Polizei, darunter waren viele Polizistinnen. Denen hätte man sagen können: Hier hätten Sie noch die Möglichkeit, die alle festzusetzen; wenn die erst an der Macht sind, können Sie sich Ihre Pension abschminken! Sie hätten es verstanden, sie wissen es selber.

Die Dschihadisten können nicht anders, die müssen so sein. Die können keine Auskunft darüber geben, wie die Hamasmörder zu ihrer menschlichen Gestalt gekommen sind. Das wirklich Peinliche jedoch ist die Stadt darumherum. Keine Gegendemonstration gegen Hass, Hetze und Antisemitismus, keine Distanzierung von nationalistischem, chauvinistischem, rassistischem, homophobem Gedankengut oder von dem *aggressiven*

Grundrauschen, das der Lokalredaktionsleiter bei den Coronaspaziergängern ausgemacht haben wollte, weil er von denen nichts zu befürchten hatte. Hier wäre es anders; wer ins Fadenkreuz der Hamas geriete, für den geschähe das nicht metaphorisch.

Folgerichtig schreibt er, bebildert mit einem nach Nettigkeitskriterien ausgewählten Bild, 120 Leute forderten *Waffenruhe* in Gaza. Das ist nicht exakt das, was sie geblökt haben, zugegebenermaßen war es ein sehr undeutliches Blöken, aber oft genug wiederholt, „Free Palestine“, übersetzbar als Freies Palästina oder Befreit Palästina. Man muss schon sehr geschult sein, um sich vorzustellen, das würde ruhende Waffen beinhalten.

Daran denkt man lieber gar nicht und redet sich den Hamasochismus zur Toleranz schön. ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Report

Innenminister Meier erklärt den Höhenflug der SPD

Umfragen sind keine Wahlergebnisse, besonders nicht in Thüringen. Umso mehr fällt auf, wenn eine Partei einem Trend trotz, wie es nun die Thüringer SPD tut. Während ihre Minderheitenkoalitionspartner demoskopische Verluste zu verzeichnen haben, gewinnt die SPD zehn Prozent.

Nicht Prozentpunkte, Prozent, ein Zehntel, von 8,2 auf 9. Fast schon zweistellig.

Vorausgesetzt, der Post im sozialen Netzwerk ist echt, schreibt der Thüringer Innenminister und SPD-Chef dazu: „Im Vergleich zum letzten Landtagwahlergebnis kann die SPD als einzige demokratische Kraft leicht zulegen. Das ist Ausdruck unserer guten Regierungsarbeit,



die auf Sicherheit für die Thüringer und pragmatische Lösungen setzt.“

Und wenn die Regierungsarbeit gewinnt, setzt sie alles noch einmal.

Dann wäre die Frage, worauf die anderen beiden Koalitionspartner setzen, die keinen Zugewinn verzeichnen können.

Wir ersparen uns und seiner Presseabteilung diese Frage, man würde uns vermutlich an die anderen Parteien verweisen, für die ist er ja nicht zuständig.

Und der wird das auch nicht selber verfasst haben, das ist Künstliche Intelligenz, ohne einen Anflug von Eigenleistung irgendeiner echten Person. Aber die Freude wird schon echt sein, die gönnen wir ihnen natürlich. ●

Wo ein Genosse ist, da ist die Partei

Der Herr Ministerpräsident erkennt Reichsbürger und Freie Thüringer daran, dass sie ihn ausbuhen und auspfeifen, wie auf einer Kundgebung im Zusammenhang mit den Bauernprotesten geschehen. In MDR-Aktuell wurde er dazu befragt und differenzierte aus, dass die Rufer und Pfeifer nicht die mit den Anliegen gewesen waren, sondern Reichsbürger und Freie Thüringer. Er wird schon wissen, woher er diese Erkenntnisse hat, es gibt da Techniken, die man gewiss nicht verraten würde.

Nun stand er zu der Live-Verschaltung salopp gekleidet nicht vor einem Motiv des Freistaates Thüringen, der Fahne oder einem Wahrzeichen, was immer es da

gäbe, sondern vor einer Wand mit Aufschrift „Die Linke Die Linke Die Linke“ und so weiter. Einer Parteiwand also.

Seine Anhänger werden sicher kein Problem damit haben, die Trennung von Partei und Staat und Fernsehen nicht nach überkommenen Mustern überzubewerten, und was die anderen sind, dazu gibt es ja Erkenntnisse.

Wir fragten darum bei der Pressesprecherin der Staatskanzlei: Wusste der Herr Ministerpräsident, dass er vor einer Parteiwand steht?

Sie antwortete uns: „Die kurzfristige Interviewbitte des MDR erreichte Herrn MP während eines lange im Voraus geplanten Parteitermins. Da in der entspre-

chenden Lokalität keine anderen Räumlichkeiten – auch mit Blick auf die Witterungsverhältnisse – zur Verfügung standen, wurde sich für die genannte Variante entschieden.“

Demnach war bei der Partei geheizt.

Und der MDR-Sprecher, ob der wusste, dass der Herr Ministerpräsident vor einer Parteiwand steht? Diese Frage, die wir an die Pressestelle des MDR richteten, blieb bislang unbeantwortet. Die haben vermutlich keine Zeit zurückzufragen, wie diese Frage zu verstehen sein soll.

Und wir wollen nicht so tun, als hielten wir es für Wahlwerbung. War es nicht.

War Wahlantiwerbung. ●



In repräsentativer Umfrage lehnt die Mehrheit der Thüringer die als „Gendern“ bezeichnete Sprachverhunzung ab. Was ist mit der Minderheit los?

Der Schrift mit Deppinnensternchen und Idiotinnendoppel punkt begegnet man an den entlegensten Stellen, sogar im Aldi an der Kasse bei der Bitte an die Räuber um Beachtung, dass die Verkäuferinnen nicht die Sicherung der Zeitschlösser umgehen können. Die Post hat Paketscheine mit so was, wobei die zentrale Beschwerdestelle beim Vorstand der Post-AG bestreitet, so etwas ausgeben zu haben.

Kein normaler Mensch redet so.

Und das ist die Botschaft derjenigen, die es tun. Es ist eine herrschaftliche Normsprache, der man sich zu fügen hat. Man kann Zugehörigkeit zur Herrschaftskaste zeigen oder auch nur den Willen zur Bereitschaft zur Erduldung. Die

Herrschaft fordert niemals die Unterwerfung unter etwas Sinnvolles, die Sinnlosigkeit ist Bestandteil der Unterwerfungszeremonie und des Machtausübens. Der Verstand muss beleidigt werden.

Die Flacherdler werden zwar als Vergleichsbeispiel herangezogen, aber nicht als Kugelleugner bekämpft, weil die Erde nicht zur Scheibe wird, wenn es jemand behauptet. Wäre sie eine, dann wäre aber was los, dann würden die querkugeldenkenden Wissenschaftsverweigerer zu spüren kriegen, was es heißt, die einzige anerkannte Meinung zum Kippen bringen zu wollen.

Und so ist es mit dem Genderquatsch. Staatsblödsinn, aus TAZ-Sprache zur allgemeinen Doktrin

erklärt – ja aber Moment man kann doch und muss nicht? Stimmt, aus einem einzigen Grund: weil sie noch nicht die Macht haben, die Dummsprache komplett durchzusetzen. Da, wo es möglich ist, bei Staat und staatsnahen Strukturen, da wird sie strikt durchgesetzt. Als Zeichen für demokratische Gerechtigkeit. Und das ist die noch größere Beleidigung.

Dass die Mehrheit dagegen ist, hat die Herrschenden noch nie beeindruckt, nur noch weiter aufgestachelt, so ist es auch hiermit. Das Geschäft der Dominanz ist es zu dominieren, sei es durch pseudomoralisierende Anmaßung.

Das elitäre Gefühl braucht etwas, wovon man sich abhebt, am besten von der Mehrheit. ●

Früher war mehr gestreut

Bekanntlich hat die Stadtpolitik andere Sorgen. Das wissen die gehbehinderten Senioren, die sich direkt an den Selbstbeauftragten der Stadt für Behinderte wandten mit dem Hinweis, an zu vielen Stellen sei es zu lange zu glatt gewesen.

Dass Glätte entsteht, das ist nun ausgerechnet nicht die Schuld der Stadt, höchstens, dass man nicht vorbereitet war darauf, dass die Klimapolitik so schnell Effekte zeigen würde und man von Winterphänomenen überrascht werden könnte. Und dann gibt es noch irgendwelche Salzstreuverbote.

Der Selbstbeauftragte für Behinderte wandte sich an den Behindertenbeauftragten der Stadt, der war nicht zu sprechen, man beschied ihm, man werde die Sache weiterleiten, und überhaupt sei zu klären, ob die betreffenden Bereiche städtisches oder privates oder sonstiges Eigentum wären.

Und das sind die zwei Punkte, durch die diese Angelegenheit in die Zuständigkeit des Senioren-Akrützel fallen. Zum einen zeigt diese Stelle des Behindertenbeauftragten, dass er nicht der Beauftragte der Behinderten gegenüber der Stadt ist, sondern Beauftragter der Stadt gegenüber den Behinderten, und so geriert er sich auch. Abwimmeln und die Stadt vor irgendwelchen kruden Anliegen bewahren.

Und dann plötzlich soll es eine Rolle spielen, ob die Stadt zuständig ist. Danach wird immer nur dann gefragt, wenn die Stadt etwas tun müsste. In alle anderen Belange, wenn es darum geht, den Bürgern etwas aufzubürden, hängt sich die Stadt hinein, wie

es auch alle anderen staatlichen Ebenen tun, die Kommune ist da nur die unterste.

Man hätte jedem der Großdemonstranten ein Schäufelchen Streusand mitgeben können, um

es auf dem Heimweg da zu verstreuen, wo es nötig ist und wo die Senioren entlanggehen müssen.

Aber etwas Nützliches hat niemand mit einer hochmoralischen Ambition nötig. ●



Brotlos in Lobeda

Rentnerin Frau M. fährt nach Lobeda zurück, ohne wie vorgehabt in der Stadtmitte ein Brot für die nächste Woche geholt zu haben. Da, wo sie eines bekommen wollte, war schon zu. Am Sonnabendnachmittag. Eine vertane Stunde, beklagt sie, als sie die Rückfahrt antritt.

Es wäre ein kostenloses Brot gewesen, ausgegeben an einer Stelle für Bedürftige.

Das alles reicht nicht für eine MDR-Sozialkitschreportage mit hungrigen Mäulern oder langen Schlangen, auch wird keine Dokumentation über die beschwerliche Flucht von Frauen aus Lobe-

da zum ersehnten Brot die nötigen Fördergelder für die Produktion bekommen, und Frau M. sieht auch nicht aus wie in einem Blatt von Heinrich Zille aus dem Kaiserreich.

Eigentlich ist die ganze Sache doch ein Zeichen für das funktionierende System, der Öffentliche Personennahverkehr bringt die Menschen in die Innenstadt und zurück, Lebensmittel werden gespendet und an die gegeben, die sie brauchen, an einem staatsnahen Ort, ist doch schön.

Ja, noch.

Gewiss, schöner, als wenn es nicht gemacht würde. Aber dass

es nötig ist, liegt nicht daran, dass die Durchschnittsrente um ein Viertel niedriger liegt, als die Grünen-Vorsitzende schätzt. Sozialpolitiker würden sofort dabei sein, dass mehr Geld für alle ausgezahlt werden solle und dass man es von den Reichen nehmen muss. Dass die Rente von Frau M. nicht für das Bäckerbrot reicht, liegt an der Geldentwertungspolitik der letzten Regierungsgenerationen und an der Vernichtungspolitik der rotgrünen Bundesampel und der rotrotgrünen Landesregierung. Denken wir uns nur mal, wie sich die heutige Durchschnittsrente, in D-Mark, zu Währungsunionszeiten angehört hätte, selbst wenn man die Anpassungen herausrechnet. Niemandem wäre es in den Sinn gekommen, das könnte wenig Geld sein. Inzwischen ist es das. Und es muss reichen für politisch verteuerte Energie, die eigene und die, die der Bäcker braucht. Und die Straßenbahn, die ist auch nicht billiger geworden.

Diese Politik schreitet voran, der Zustand ist ein zwischenzeitlicher. Noch bleiben Lebensmittel übrig und sie werden nicht erbeutet.

Zur funktionierenden Gesellschaft gehört aber noch mehr, als dass Frau M. am Montag wiederkommen muss, um ein gespendetes Brot zu kriegen, und das ist etwas, das man den Sozioligarchen nicht klarmachen kann. Es reicht nicht, wenn die Leute genug Geld kriegen, um nicht aufzubegehren. Das Gemeinwesen muss etwas sein, wofür man sich einsetzt, ohne dass es erzwungen oder propagiert würde, auch als Rentner oder als künftiger. Doch dazu hat man keinen Grund, wenn das Gemeinwesen nur in Form von Dummheit und Arroganz in Erscheinung tritt.

Wir wissen nicht, was Frau M. beruflich gemacht hat, sicher ist nur, was sie nicht war: Sozialpolitikerin. Und wir gehen jede Wette ein, sie wäre mit einer Bezahlkarte für ihre nötigen Einkäufe zufrieden. ●



AKRÜTZEL-Ansprache an die Menschen in Politik, Parteien und Staat

In diesen Zeiten empfinden viele von Ihnen die Sorge vor dem Verlust von Gewissheiten, die Ihren Zusammenhalt bisher garantierten, und Sie fragen sich: Was kommt als nächstes? Wir verstehen diese Sorgen.

In Gesprächen mit uns zeigen Sie die Verunsicherung, dass das Bild, das Sie abgeben, desaströs wirken könnte und dass Menschen von außerhalb Sie als unfähig, parteiverblödet, korrupt, gierig und abgehoben bezeichnen könnten. Wir nehmen Ihre Ängste ernst.

Wenn die gesellschaftlichen Bedingungen ins Wanken geraten,

die Ihr Auskommen sicherten, dann fragen Sie sich, ob der Staat weiterhin die Fähigkeit besitzen wird, Sie durchzufinanzieren. Wir sehen das Problem, dass dies immer schwieriger wird. Mit Recht haben Sie die Befürchtung, man könnte Ihnen selbst die Schuld daran geben. Man könnte sagen, Sie hätten ruinös gearbeitet, Sie haben den eigenen Vorteil im Auge gehabt unter Vorspiegelung von Gerechtigkeitsanliegen, Sie hätten die Leute, die für die Wertschöpfung arbeiten, ausgebeutet, betrogen, verunglimpft. Wir sehen, dass diese Ängste Ihnen Plagen bereiten.

Aber wir möchten Sie nachdrücklich darauf hinweisen, dass Angst kein guter Ratgeber ist. Lassen Sie sich nicht von Ihren Ängsten leiten und erst recht nicht von denen benutzen, die Sie mit Verunsicherung steuern wollen! Seien Sie nur gerade so unsicher, wie es Ihrer Funktionsfähigkeit in unser aller System dienlich ist! Je mehr Angst Sie zeigen, desto unbrauchbarer sind Sie für Ihre Führung. Versuchen Sie nicht, sich mit Fachkompetenzen zu präsentieren, Sie würden als Bedrohung Ihrer Vorgesetztschaft wahrgenommen, der es ja genauso geht. Sie wurden nicht nach Fachkompetenz ausgewählt, sondern nach Konformität, und es ist nicht Ihre Schuld, dass daraus ein Vermittlungsproblem entsteht.

Lassen Sie sich Ihre Angst nicht länger anmerken! Sie würden nur noch mehr Ablehnung schüren bei denen, die noch guten Glaubens sind. ●



Frage an den **AKRÜTZEL**-Briefkasten: Hat jemand irgendwas gesagt?

Eine Frage an den Akrützel-Briefkasten bedarf keiner Form, sie muss nicht einmal schriftlich erfolgen, jede Frage, die uns erreicht, wird registriert.

Und wenn es eine interessante Frage ist, wird sie behandelt.

Wie die folgende. Da war doch diese Megakundgebung mit rednerischen Schwergewichten, in deren Eigenwahrnehmung. In der Zeitung und auf den Nachrichtenportalen Fotos von denen und den Menschenmassen. Und? Hat jemand etwas Bemerkenswertes geredet? Wurde etwas Neues gesagt oder auch nur ein Gedanke formuliert, den man hören will?

Davon ist uns nichts bekannt, und wir denken mal: nein. Das hätte nur das Ereignis gestört.

Tausende von Menschen sind gekommen, die darf man nicht mit etwas von Belang verstören. Denen kann man nur sagen: *Wir müssen gemeinsam gegen! Wir sind hier, weil wir gegen! Und für ein gemeinsames!*

Es kommt auch mehr auf die Bilder an. Ramelow beim Bad in der Menge, Ramelow bei der Begrüßung des Kirchenmannes, Saskia Esken ist sogar angereist, die Frau, die die SPD von dem Druck befreit hat, sympathisch zu sein. Vielleicht hat Ramelow sich eine Rede anfertigen lassen, vielleicht gibt es schon eine fertige, er steht ohnehin in dem Ruf, vom Manuskript abzuweichen, wenn ihm die Rede nicht oft genug vorgelesen wurde, aber wozu reden, wenn das große Einvernehmen aller mit allen demonstriert wird.

Kann schon sein, dass es den Medienleuten bloß nicht aufgefallen ist und die Redebeiträge saugut waren, also auf mittelniedrigem Niveau. Wir wären für angenehme Überraschungen offen.

Es ist nur wieder einmal so wie immer; wenn die was Nennenswertes gesagt hätten, dann hätten sie was zu sagen, dann wüssten sie etwas. Und dann wäre die ganze Veranstaltung nicht veranstaltet worden, weil sie nicht nötig geworden wäre. Die geistige Armut,

die Inkompetenz und ideologische Verblödung, die ihnen ins Gesicht geschrieben steht, steht auch in ihren Programmen und drückt sich täglich aus, darum gibt es das, was die Presse nur auf emotionaler Ebene sich mitzuteilen traut: Wut, Unmut, Unzufriedenheit.

Das ist solange egal, wie es die Macht nicht in Gefahr bringt, aber dann beginnt die Zeit der Aktivität.

Nicht für kompetente Politik,

sondern für Bekämpfung des politischen Gegners, wer immer dazu erklärt wird.

Der ist in einer Demokratie das Volk, danach kommt gleich der freie mündige Bürger.

Die Klarheit, gegen wen es gehen kann, wirkt auf viele verlockend, besonders, wenn es auch noch als Zivilcourage ausgegeben wird.

In der Masse auf eine Kundgebung für die Regierungsparteien zu gehen, ist das Mutigste, was diese Menschen je gemacht haben. ●

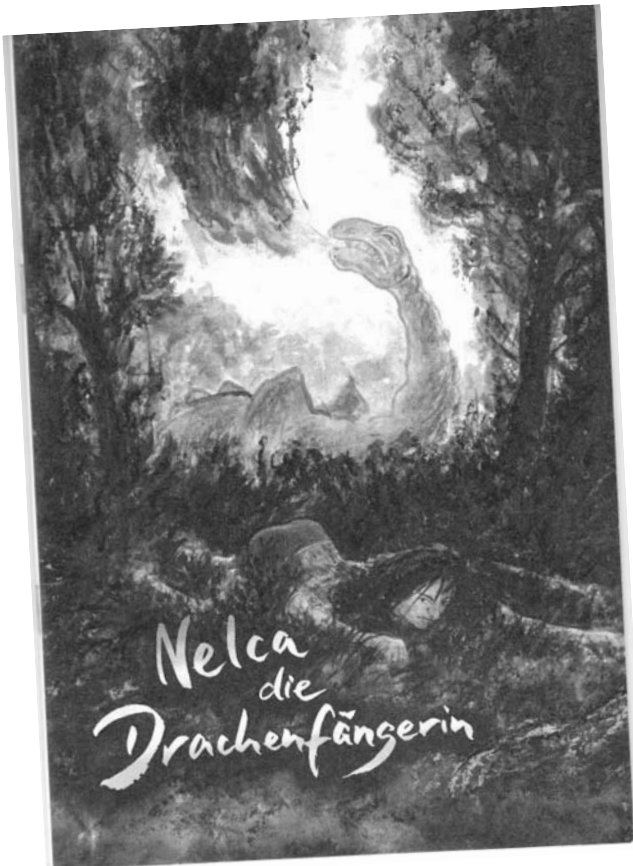


Jenaer Impressionen





Das Buch zum Zustand.
www.solibro.de



Bilderbuch-Klassiker

Nelca, die Drachenfängerin

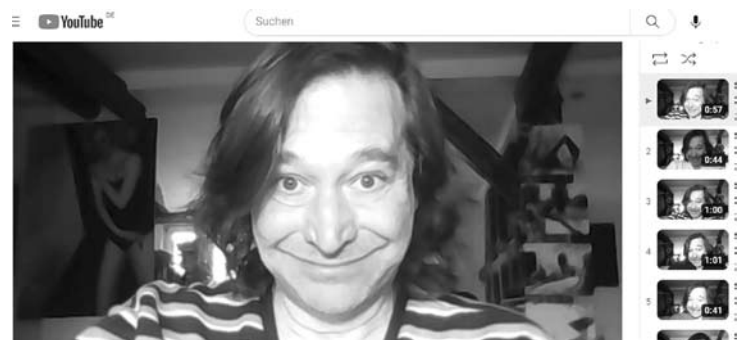
Kostenloses Gratis-PDF für 0,- Euro zum Umsonst-Herunterladen ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
 (03641) 619434

Müssen Sie gucken
Senior-Influencer
 auf YouTube oder www.zellerzeitung.de



100 Cartoons, 20,- Euro,
www.solibro.de



Hamas protestiert überwiegend friedlich gegen Kürzungen bei den Subventionen

*Nur bester Journalismus
ist wirklich vom Feinsten*



Bei mehreren Demonstrationen gegen Streichungen von Fördermitteln kam es zu überwiegend friedlichen Szenen. Die Polizei sprach von schon dagewesenem Ausmaß. Das Außenministerium versprach Überprüfungen der Sparmaßnahmen und verwies auf humanitäre Zahlungen, die nicht direkt als Hamas-Subventionen deklariert werden, und forderte dazu auf, diese zu berücksichtigen aus Gründen der Fairness.



Eine Zeitung ist so gut wie ihr dümmster Redakteur, sagt eine alte Presseweisheit. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle gut sind. Die Leser brauchen die Gewissheit, ein Qualitätsblatt in den Händen zu halten. Dann kriegen sie das Gefühl, auch eins zu lesen. Und das ist es, was den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt wie sonst nichts.

Umstrittene Prominente bekunden Solidarität mit den Bauern: „Wir essen weiter Lebensmittel!“

Studie: Im Ampel-Koalitionsvertrag steht nichts von einer Steigerung der Unzufriedenheit



Eigentlich zählen Bauern nicht zu den Opfergruppen, mit denen sich Prominente gern umgeben. Es sind auch nur höchstens B-Promis aus nicht ganz so relevanten Gesellschaftsbereichen, die offen ihr Vorhaben, weiter Lebensmittel zu verzehren, zur Schau stellen. „Da wird der Diskurs ins Steuerbordvulgaristische verschoben, wo die Angriffe auf unsere Demokratie kein Tabu mehr sind“, kommentierte Robert Habeck. Normalerweise ein deutliches Stopp-Schild, nicht aber für die.

Diejenigen, die ihrer Unzufriedenheit Luft machen, geben der Ampelregierung die Schuld an ihrer Misere. Aber stimmt das überhaupt? Fakt ist: Nein. Der Koalitionsvertrag sieht keine Unzufriedenheit vor, schon gar keine anwachsende, sondern Fortschritt und Begehagen, also das Gegenteil. Wer Groll schürt, kann sich jedenfalls nicht an den Politikern der Ampel abarbeiten.



Müssen aus anderen, vermutlich persönlichen, Gründen unzufrieden sein: Unzufriedene